

Meldung Deutsche Presse Agentur vom 2006-03-21 15:07**Verkehr/Energie/Steuern/****(dpa-Gespräch)****SPD: Letztes Wort über Biosprit-Besteuerung noch nicht gesprochen**

Berlin (dpa) - Über die künftige Besteuerung von Biokraftstoff ist nach Angaben aus der SPD-Fraktionsführung das letzte Wort noch nicht gesprochen. Bundesregierung und Koalitionsfraktionen wollten vor der Festlegung einzelner Steuersätze in Stufen zunächst eine umfassende Kraftstoffstrategie erarbeiten, sagte der Vizevorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, am Dienstag in einem dpa-Gespräch. «Und nur auf dieser Basis werden wir die Beimischungspflicht von Ökosprit zu normalem Kraftstoff aus Erdöl bestimmen.»

Er gehe davon aus, dass das Bundeskabinett dazu noch vor Ostern eine Vorlage liefere, sagte Kelber. Erst auf dieser Basis könne auch festgelegt werden, ob der erste Steuersatz für Biokraftstoff aus Pflanzenöl «12 oder vielleicht auch nur 9 Cent» betragen werde. Der SPD-Politiker widersprach damit einem Bericht des Magazins «Focus», wonach sich die «Spitzen» von Union und SPD darauf verständigt hätten, diesen Steuersatz - anders als vom Bundeskabinett mit dem Entwurf eines Energiesteuergesetzes beschlossen - auf 12 statt 15 Cent je Liter festzulegen. An solchen Gesprächen sei die SPD nicht beteiligt gewesen, betonte Kelber. «Es wäre unseriös, jetzt bereits genaue Steuersätze festlegen zu wollen.»

Das Kabinett hatte vor einer Woche beschlossen, die Steuerfreiheit für Biokraftstoffe bereits zum 1. August 2006 abzuschaffen. Biodiesel soll danach mit 10 Cent besteuert, auf beigemischtem Biosprit und auf Pflanzenöl als Kraftstoff sollen 15 Cent erhoben werden. Landwirte können reinen Biosprit weiter steuerfrei tanken.

Kelber bekräftigte die Notwendigkeit, die bisherige steuerliche Überförderung aufzugeben. Der dazu noch von Ex-Finanzminister Hans Eichel (SPD) erarbeitete Bericht zur Ermittlung der umstrittenen staatlichen Beihilfen werde jetzt zunächst fortgeschrieben. Dabei komme es wesentlich auf die tatsächlichen Produktionskosten und Nachfrage-Effekte an, um Überförderung feststellen zu können. «Erst auf dieser Basis sollten die Steuersätze bestimmt werden», so Kelber.

Kürzlich hatte sich auch Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) unter Hinweis auf die nötige Marktreife des Alternativkraftstoffs gegen Befürchtungen der Spritbranche gewandt, von 2007 an die Steuersätze in nur wenigen Stufen auf das Normalmaß von 47 Cent anzuheben. Ziel sei der Aufbau von synthetischem Sprit als Kraftstoff der zweiten Generation, der ohne Diesel und Benzin aus Öl auskomme und die Abhängigkeit vom Öl bei Treibstoffen wesentlich verringere.

dpa wb yydd so
211507 Mrz 06